

Mittwoch
9. Oktober 2013

Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich
121. Jahrgang Nr. 234

Aliens Die CIA gibt es zu:
Das Gebiet Area 51 existiert.
Dies befeuert die Fantasien
jener, die an UFOs glauben. 8

Kino Diva und tragischer
Clown – Michael Douglas
ist im Film «Liberace» so gut
wie wohl noch nie zuvor. 23

Sarkozy Die zweite
Frau des ehemaligen
Präsidenten enthüllt
pikante Details. 12



Nobelpreis für den Vater des «Gottesteilchens»



Er gab dem Teilchen, von dem selbst Nicht-Physiker schon gehört haben, den Namen: Professor Peter Higgs. Foto: David Moir (Reuters)

Die Freude in der Schweiz über den Nobelpreis für Physik ist gross, obwohl kein Schweizer den Preis erhielt. «Wir fühlen uns als Mitpreisträger», sagte Cern-Direktor Rolf-Dieter Heuer nach der Bekanntgabe. Ausgezeichnet hat das Nobelpreiskomitee in Stockholm gestern den schottischen Physiker Peter Higgs (84) und den Belgier François Englert (80). Die beiden Forscher teilen sich die

Preissumme von 1,1 Millionen Franken. Higgs und Englert gelten zusammen mit dem verstorbenen Robert Brout als geistige Väter des nach Higgs benannten Teilchens, das wichtig für das Verständnis der Materie ist. Sie hatten die Idee unabhängig voneinander bereits im Jahr 1964, damals ohne zu wissen, ob es das Teilchen wirklich gibt. Erst 50 Jahre später konnte das oft auch «Gottesteilchen»

genannte Higgs am Cern in Genf nachgewiesen werden, und dies auch nur mit dem modernsten Teilchenbeschleuniger LHC. «Ich finde es enorm wichtig, dass das Nobelkomitee auch solche Grundlagenforschung unterstützt», erklärte Cern-Direktor Heuer. «Der Nachweis des Higgs-Teilchens hat die Leute auf der ganzen Welt fasziniert.» (mma) **Kommentar Seite 2, Berichte Seite 32**

Kommentare & Analysen

«Die Volksschule muss das reale Leben abbilden. Und auch dort gibt es Noten.»

Erziehungsdirektoren-Präsident Christian Amsler über die Ziele des Lehrplans 21. - Seite 5

Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Todesanzeigen	18
Fernsehprogramme	26, 27
Veranstaltungen	28
Rätsel	31
Börse	37

Heute

Olympische Spiele Russland will in Sotschi Gäste und Athleten abhören

40 000 Polizisten werden während der Olympischen Winterspiele in Sotschi patrouillieren, unterstützt von Drohnen und Radaranlagen. Dies gaben russische Staatsschützer bekannt. Was sie nicht sagten, Journalisten aber enthüllten: Die Kommunikation aller Gäste und Athleten soll überwacht werden. - Seite 6

Europa Taskforce geht Schwächen der EU-Flüchtlingspolitik an

Nach dem Bootsunglück vor Lampedusa mit gegen 300 Toten haben die 28 EU-Innenminister gestern in Luxemburg beschlossen, eine Taskforce ins Leben zu rufen. Diese soll so schnell wie möglich kurzfristige, mittelfristige und auch langfristige Massnahmen zum Umgang mit der Migration beschliessen. - Seite 7

Wirtschaft Ledermann Immobilien verzichtet auf den Börsengang

Gestern hätten die ersten Aktien der Zürcher Immobilienfirma Ledermann gehandelt werden sollen. Die auf Wohnungen an guten Lagen- etwa im Seefeld - ausgerichtete Gesellschaft hat den Börsengang aber überraschend abgeblasen. Offenbar interessierten sich zu wenige Anleger für die Aktien. - Seite 33

Eishockey Die Zürcher lassen den Leader Davos davonziehen

Die ZSC Lions unterlagen im Spitzenkampf dem HCD 3:4, nachdem sie zweimal einen Rückstand aufgeholt hatten. Die Davoser führen die Rangliste nun mit bereits sieben Punkten Vorsprung auf die Kloten Flyers an. Diese bezwangen den Tabellenletzten Rapperswil-Jona erst im Penaltyschiessen. - Seite 39

Strassen-Datenbank kostet über 100 statt 45 Millionen

Kostenexplosion, Verzögerung, fehlende Kontrolle: Ein Bericht deckt in Bundesamt grosse Mängel auf.

Von Christian Brönnimann, Bern

Ein Prüfbericht der eidgenössischen Finanzkontrolle zeigt auf, wie sehr und weshalb die Kosten für das Informatik-Grossprojekt Mistra im Bundesamt für Strassen (Astra) aus dem Ruder gelaufen sind. Im Mistra werden alle Informationen über die Schweizer Strassen zentral gesammelt. Ursprünglich hätte das Projekt knapp 45 Millionen Franken kosten sollen. Inzwischen sind es 95 Millionen geworden. Und für die kommenden Jahre rechnen die Finanzkontrolleure mit weiteren Ausgaben jeweils im zweistelligen Millionenbereich.

Als Hauptgrund für die krasse Budgetüberschreitung wird eine ausufernde Projekterweiterung ohne klare Strategie angegeben. «Der Appetit kommt mit dem Essen, diesen Eindruck hinterlässt das Vorgehen des Astra», ist im Bericht zu lesen. Dabei sei das Kosten-Nutzen-Verhältnis aus dem Fokus geraten. Nur bei zwei von zwölf untersuchten Teilprojekten liess sich gemäss Untersu-

chung ein direkter finanzieller Nutzen feststellen. Gleichzeitig seien die am Anfang eigentlich formulierten Ziele «nur teilweise und deutlich später als geplant erreicht worden».

Auch die interne Aufsicht hat bei Mistra streckenweise versagt. Abgeschlossene Verträge in Millionenhöhe fanden den Weg zur zuständigen Controllerin nicht. Weil für das Grossprojekt zudem kein Verpflichtungskredit eingeholt wurde, hat das Astra in den Augen der Finanzkontrolle gegen das Finanzhaushaltsgesetz verstossen.

Das Astra betont in einer Mitteilung die positiven Befunde des Prüfberichts. In der Tat schreiben die Finanzkontrolleure trotz aller Kritik, die Arbeit der Projektleitung hinterlasse «insgesamt einen guten Eindruck». Bei wichtigen Entscheidungspunkten würden Vorgehen jedoch missachtet. Die Kostensteigerung begründet das Astra mit im Projektverlauf gestiegenen Ansprüchen an Mistra. - Seite 3

Aus dem Enkeltrickbetrug wird der Hausarzttrick

Wie kann jemand bloss auf einen Enkeltrick am Telefon hereinfallen? Und dabei so viel Geld verlieren? Diese Fragen stellt sich wohl mancher, der in der Zeitung entsprechende Meldungen liest. Ein 76-jähriger ehemaliger Geiger des Tonhalle-Orchesters kennt die Antworten. Er wurde ausgetrickst, und er erzählt die Geschichte, wie er um 80 000 Franken erleichtert wurde.

Der Betrüger gab sich am Telefon als Hausarzt und Duzfreund des Opfers aus. Der angebliche Arzt hatte die Stimme des echten Arztes täuschend echt imitiert. So konnte er den Geiger ohne weiteres

dazu überreden, ihm kurzfristig mit 80 000 Franken aus einer finanziellen Notlage zu helfen. Weil der Geiger «zu 100 Prozent überzeugt» war, seinem Freund einen Dienst zu erweisen, willigte er sofort ein. Bei der Übergabe des Geldes folgte der Betrüger dann den gängigen Mustern: neutraler Übergabeort, telefonisch für Rückrufe nicht erreichbar sein sowie im letzten Moment ein persönliches Treffen absagen und stattdessen einen «Bekannten» schicken.

Die Polizei sagt, der Betrüger sei in diesem Fall «unheimlich raffiniert» vorgegangen. (rba) - Seite 13

Der Fall Migros trifft die ganze Branche

Ein Entscheid des Zürcher Verwaltungsgerichts könnte für den gesamten Detailhandel weitreichende Folgen haben: Er zwingt die Migros, ihren Angestellten in der unterirdischen Filiale im Zürcher Hauptbahnhof jeden Tag eine 40 Minuten lange bezahlte Pause zu gewähren - um Licht zu tanken. Die Arbeit ohne Tageslicht ist schlecht für die Gesundheit, deshalb müssen Firmen gemäss Gesetz Massnahmen treffen, die das kompensieren. Die bezahlten Pausen sind eine Massnahme, die das Staatssekretariat für Wirtschaft in einer Wegleitung zum Gesetz vorgibt. Ob das rechtlich allerdings zulässig ist, wird von Arbeitsrechtlern angezweifelt. Wenn die Migros den Entscheid weiterzieht, könnte darüber bald das Bundesgericht entscheiden. Das würde die ganze Branche treffen, die zum Teil bewusst auf Fenster in Verkaufsräumen verzichtet. (aba) - Seite 33

Deutschland lockt Akademiker zurück

Momentan leben in der Schweiz 287 813 Deutsche. Im Spitzenjahr 2008 wanderten 46 296 ein, 2012 waren es noch 27 123. Es sind oft qualifizierte Arbeitskräfte, die in der Heimat fehlen. Dank der florierenden deutschen Wirtschaft ziehen allerdings immer mehr Deutsche zurück (16 500 im Jahr 2012). «Return to Bavaria» versucht diese Bewegung zu nutzen: Gestern Abend warb das Bundesland Bayern unter diesem Titel an einem gut besuchten Anlass in Zürich um die Rückkehr deutscher Ingenieure, Ärzte oder Banker. Unter den Anwesenden war leicht festzustellen, dass ihnen Anfeindungen und antideutsche Vorurteile zu schaffen machen. Das kann der Psychoanalytiker und TA-Kolumnist Peter Schneider (Schweizer seit 1992) nachvollziehen. Gleichzeitig ärgert es ihn, wenn Deutsche bei einer Rückkehr über die Schweiz herziehen. (TA) - Seite 21



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo–Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Schweiz

Umstrittene IT-Projekte des Bundes

Weshalb die Informatik im Strassenamt so teuer wurde

Die eidgenössische Finanzkontrolle kritisiert das Bundesamt für Strassen: Es setze finanzielle Mittel für IT-Projekte «weder sparsam noch wirtschaftlich» ein.

Von Christian Brönnimann, Bern

Das Informatik-Grossprojekt Mistra des Bundesamts für Strassen wird das Budget nicht nur um «einige Millionen Franken» überschreiten, wie ein Sprecher des Amts vor einem Jahr verlauten liess. Die ursprünglich veranschlagten Kosten von knapp 45 Millionen Franken haben sich schon heute mehr als verdoppelt. Das geht aus einem Prüfbericht der eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) hervor. Zusätzlich zu den bereits ausgegebenen 95 Millionen seien noch während mehrerer Jahre zweistellige Millionenbeträge zu erwarten, schreiben die Kontrolleure.

Eigentlich hätte das Management-Informationssystem Strasse und Strassenverkehr (Mistra) bereits heuer fertiggestellt werden sollen. Doch die Arbeiten ziehen sich in die Länge. Noch immer

Der Prüfbericht der EFK zum Download auf www.mistra.tagesanzeiger.ch

sind Kernmodule nicht in Betrieb. Der Prüfbericht zeigt erstmals auf, wie es zu den massiven Verzögerungen und Kostenüberschreitungen kommen konnte.

In den Worten der Finanzkontrolleure hat sich der ursprüngliche Projektauftrag von 2003 «verselbstständigt». Aus den damals geplanten 7 Modulen von Mistra sind deren 19 geworden. Im Jahrestakt seien Wünsche nach neuen Funktionen - orientiert an den «kurzfristigen Bedürfnissen der Fachbereiche» - aufgenommen worden, ohne diese zu gewichten. Für die meisten der zusätzlichen Module gab es keine offizielle Ermächtigung von Amtsdirektor Rudolf Dieterle oder vom Projektausschuss. Die fehlende Priorisierung führte dazu, dass die Kosten «oft in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen», hält der Bericht fest. Das Budget sei zum Teil innert Monatsfrist um mehrere Millionen aufgestockt, die Mittel «weder sparsam noch wirtschaftlich eingesetzt» worden.

Monopolstellung ausgenützt

Einige Beispiele: Als essenziell für die Zielerreichung von Mistra bezeichnet die EFK ein Teilprojekt, mit dem künftig automatisch der günstigste Zeitpunkt von Strassensanierungen berechnet werden soll. Obwohl es schon vor zehn Jahren geplant war, fehlt es bis heute. Stattdessen wurden Module vorangetrieben, für deren Schaffung das Strassenamt gemäss Bericht gar keine gesetzliche Grundlage hat. Eines der Module dient der Erfassung von Wanderwegen, was «nichts mit Betrieb und Unterhalt von Nationalstrassen zu tun» habe.

Zu Ineffizienzen führten auch ungenaue oder zu spezifische Auftragsaus-



Das Informatiksystem Mistra soll künftig den günstigsten Zeitpunkt für Strassensanierungen berechnen. Foto: Urs Flüeler (Keystone)

schreibungen und intransparente Vergaben. Zwei Firmen erhielten nach einem Grundauftrag von 2,5 beziehungsweise 4,5 Millionen Franken konkurrenzlos freihändige Folgeaufträge im Umfang von acht, respektive beinahe 10 Millionen Franken.

Grotesk mutet der Fall einer weiteren Firma an. Diese wurde um eine Offerte für die Weiterentwicklung einer bestehenden Anwendung angefragt. Da die Offerte zu hoch war, folgte später eine öffentliche Ausschreibung. Diese war aber so spezifisch, dass nur die eine Firma offeriert hat - zu einem noch höheren Preis als beim ersten Angebot. Trotzdem erhielt sie den Zuschlag. Monopolstellungen würden «mit ent-

sprechender Preisgestaltung ausgenützt», schreibt die Finanzkontrolle.

Amt betont neue Ansprüche

Das kritisierte Bundesamt für Strassen (Astra) gelobt in einer Mitteilung von gestern Besserung. Die Stärkung von Projektcontrolling und -management sei bereits aufgegleist, schreibt das Amt. Den Abschluss von Mistra stellt es für 2014 in Aussicht. Die Mehrkosten begründet Sprecher Michael Müller mit veränderten Ansprüchen an Mistra, teils wegen der Übernahme des Nationalstrassennetzes durch den Bund 2008, teils wegen neuer gesetzlicher Bestimmungen. So basiere auch die Erfassung der Wanderwege auf neuen Erlassen,

sagt Müller. Das Astra verweist in der Mitteilung auch darauf, dass die Finanzkontrolle dem IT-Projekt grundsätzlich eine gute Führung bescheinige und dessen Notwendigkeit anerkenne. Das stimmt. Trotz aller Kritik steht im Bericht geschrieben: «Die Arbeit der Projektleitung hinterlässt insgesamt einen guten Eindruck.»

Gleichzeitig ist Mistra aber nicht das erste IT-Projekt im Astra, dessen Kosten aus dem Ruder gelaufen sind. Für das Informationssystem Verkehrszulassung musste Ende letzten Jahres eine Kostensteigerung von 8 auf 32 Millionen Franken bekannt gegeben werden. Dieses Projekt will die Finanzkontrolle nächstes Jahr unter die Lupe nehmen.

«Le Temps» soll verkauft werden

Die Zürcher Verlage Ringier und Tamedia planen, ihre Beteiligungen an der Zeitung abzugeben - sofern es einen «überzeugenden Käufer» gibt.

Von Philippe Reichen, Lausanne

Die Pressemitteilung traf gestern gegen Abend ein. Aus ihr geht hervor, dass an den Verkauf der Westschweizer Zeitung «Le Temps» genaue Vorstellungen geknüpft sind. In der Mitteilung heisst es: «Der Käufer soll sich der Bedeutung von «Le Temps» für die Romandie bewusst sein und den Mitarbeitenden eine Perspektive bieten können.»

Der Waadtländer Finanzdirektor Pascal Broulis nahm die Ankündigung dennoch besorgt zur Kenntnis: «Das ist keine gute Nachricht, die wir da bekommen.» Immerhin suche man einen Käufer und habe nicht beschlossen, «Le Temps» einzustellen. Es handle sich um «eine hochstehende Zeitung mit einer exzellenten Qualität». Auch der Genfer Regierungspräsident Charles Beer (SP) zeigte sich beunruhigt. «Le Temps» sei der einzige nationale Titel, den die Westschweiz habe, sagte er an die Adresse der Zürcher Verlage. Man wünsche so rasch wie möglich zu wissen, wer als Käufer infrage käme. Diesen Wunsch werden die Regierungen von Genf und der Waadt in Bälde mit einem Brief bei den Aktionären deponieren.

Überrascht bis konsterniert

Wie die Redaktion auf den Entscheid reagiert hat, wollte «Le Temps»-Chefredaktor Pierre Veya auf Anfrage des «Tages-Anzeigers» nicht sagen. Dem Vernehmen nach soll ihn die Redaktion mit einer Mischung aus Überraschung und Konsternation aufgenommen haben. Der eine oder andere hofft insgeheim darauf, die NZZ-Gruppe übernehme die Zeitung. Von dieser soll aber noch kein Angebot vorliegen.

In der Diskussionssendung «Forum» im Westschweizer Radio war der Verkauf bereits das Thema Nummer eins. Es wurden sogar Szenarien entworfen, wie die Zukunft von «Le Temps» aussehen könnte. Guy Mettan, CVP-Kantonsrat und Ex-Chefredaktor der Zeitung «Journal de Genève et Gazette de Lausanne», hofft auf eine Investorengruppe, wobei er dabei weniger an den Kreis der Genfer Privatbankiers denkt. Diese hätten derzeit andere Sorgen, so Mettan. Ein Mäzenat hält er für die eher falsche Form eines Investments. Im «Forum» wurde die Idee aufgeworfen, «Le Temps» solle mit der Wirtschaftszeitung «L'Agefi» fusionieren.

Keine Eile beim Verkauf

Finanzdirektor Broulis hofft, dass sich innert dreier Monate eine Gruppe Investoren für den Kauf des Blattes interessiert oder sich einer der beiden Aktionäre Ringier und Tamedia entschliesst, seine Beteiligung dem anderen zu verkaufen. Die Besitzverhältnisse zwischen den Zürcher Verlagshäusern Ringier und Tamedia, die auch den «Tages-Anzeiger» herausgibt, sehen so aus: Tamedia hält über ihre Westschweizer Tochter 46,2 Prozent der «Le Temps»-Aktien. Ringier besitzt denselben Anteil. Dass ein einzelner Aktionär «Le Temps» übernimmt, schliesst Tamedia-Sprecher Christoph Zimmer nicht aus. Er betont: «Wir sind uns sicher, dass ein starker Mehrheitsaktionär die bessere Voraussetzung für den Fortbestand und die Weiterentwicklung von «Le Temps» ist.»

Gemäss Ringier-Sprecher Edi Estermann haben die Verlage das auf Firmenverkäufe spezialisierte Lausanner Beratungsunternehmen Dimension SA beauftragt. Estermann betont: «Wir sind nicht in Eile.» Und beteuert: «Wir versuchen einen Käufer zu finden, der zur Zeitung passt.» Bis zum Sommer 2014 soll die Zukunft von «Le Temps» geregelt sein.



Pascal Broulis.



Charles Beer.

Mistra

Ein Projekt für alle Strassendaten

Im Management-Informationssystem Strasse und Strassenverkehr (Mistra) werden alle Informationen über die Schweizer Strassen zentral gesammelt. Eingabe- und Abfragemasken zu den verschiedensten Bereichen sollen die riesigen Datenbanken leicht zugänglich machen, nicht nur für den Bund, sondern auch für Kantone und Gemeinden. Zu den einzelnen Modulen gehört etwa eine Unfalldatenbank, eine Datenbank mit Angaben zu allen Tunneln und Brücken, eine Datenbank über den baulichen Zustand aller Strassenabschnitte oder über das Verkehrsaufkommen. Zu Mistra gehört in den Augen des Bundesamts für Strassen aber auch eine Zusammenstellung aller Wanderwege der Schweiz. Nur ein Teil der Module ist bereits fertiggestellt. Gemäss dem Bericht der Finanzkontrolle ist gut die Hälfte davon im produktiven Einsatz. (bro)

IT-Flops

Die digitalen Millionengräber des Bundes

Die Bundesverwaltung wird vom IT-Fluch verfolgt. Allein seit 2000 hat der Bund fast eine Milliarde Franken Steuer-gelder in den Sand gesetzt:

- Die Mutter aller EDV-Skandale ist das FIS Heer der Armee. Das elektronische Führungskommunikationssystem wurde noch unter Bundesrat Samuel Schmid in Auftrag gegeben. Die Hardware kostete 500 Millionen Franken, die Software verschlang 200 Millionen Franken, und der jährliche Betrieb benötigt 30 bis 50 Millionen Franken. Da das System die Daten nicht unverschlüsselt weitergeben kann, ist es für die Armee nutzlos.
- Das nächstgrössere Debakel war ein Informatikprojekt mit dem wohlklingenden italienischen Namen Insieme: zu-

sammen. Nachdem jahrelang die Kosten massiv überschritten und Vergaberegeln missachtet wurden, stoppte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf das Projekt der Steuerverwaltung im September 2012. Den Steuerzahler hat dies 100 Millionen Franken gekostet und den Steuerchef Urs Ursprung seinen Job.

- Ins Geld ging auch das Informationssystem Verkehrszulassung des Bundesamts für Strassen (Astra). 2010 rechneten die Verantwortlichen noch mit 8 Millionen Franken Kosten. Drei Jahre später waren die Ausgaben für die neue Computerplattform, auf welcher Daten zu Fahrzeug- und Führungszulassungen zentral verwaltet werden sollten, auf 32,6 Millionen Franken angestiegen.
- Und als ob IT-Projekte nicht schon

Herausforderung genug wären, werden sie noch durch Korruption sabotiert. So geschehen im Bundesamt für Umwelt. Das Bafu fing 2007 mit dem Aufbau eines Datenbankprojekts an, das Millionen von Daten über Böden, Luft, Tier- und Pflanzenwelt von kantonalen, nationalen und internationalen Behörden hätte sammeln sollen. 2011 begann die Bundesanwaltschaft wegen Bestechung und ungetreuer Amtsführung zu ermitteln. Wegen des Korruptionsfalles musste das Projekt gestoppt werden. Der Schaden: 6,1 Millionen Franken.

- Und wer erinnert sich noch an das Projekt Ch.ch Anfang der 2000er-Jahre? Der elektronische Amtsschalter wurde eingestellt und 18 Millionen Franken abgeschrieben. (mso)

Schweiz

«Bei Mistra gab es nie ein Eigenleben, wir arbeiten sauber»

Rudolf Dieterle, Chef des Bundesamts für Strassen, wehrt sich gegen die Vorwürfe der Finanzkontrolle.

Mit Rudolf Dieterle sprach Christian Brönnimann

Die Kosten für das IT-Projekt Mistra werden sich mehr als verdoppeln - auf über 100 Millionen Franken. Wie begründen Sie den sorglosen Umgang mit Steuergeld?
Der Begriff «sorglos» stört mich. Wir sind bei jedem Ausgabenentscheid sehr kostenbewusst und haben immer den Nutzen vor Augen. Mit dem Übergang des Nationalstrassennetzes an den Bund 2008 stiegen aber die Ansprüche an Mistra. Für die neuen, 2003 nicht abseh baren Aufgaben brauchte es zusätzliche Mittel. Deshalb kann man die ursprünglich geplanten 43 Millionen nicht mit den 100 Millionen vergleichen. Das Umfeld hat sich stark verändert.

Letztes Jahr liess Ihr Amt verlauten, das Mistra-Budget werde um einige Millionen überzogen. Eine bewusste Irreführung?
Nein, damals lag der Fokus auf einzelnen der über 20 Fachapplikationen. Beim Basissystem und der Trassee-Applikation lagen die Mehrkosten wegen technischer Probleme - der Datentransfer war viel zu langsam - tatsächlich im Millionenbereich.

Die Finanzkontrolle kritisiert, Mistra sei mit unnötigen und teuren Extras überladen worden. Weshalb erfasst das Bundesamt für Strassen beispielsweise die Wanderwege?
Weil wir nicht nur eine motorisierte Kundschaft haben. Der Langsamverkehr hat auch politisch eine hohe Bedeutung und gehört in unseren Aufgabenbereich. Wir sind das Bundesamt für Individualverkehr. Dazu gehört auch das Management des Wanderwegnetzes.

Nur zwei von zwölf Teilprojekten von Mistra haben aber gemäss Finanzkontrolle einen direkten finanziellen Nutzen. Wie kann sich Ihr Amt diesen Luxus leisten?
Ich gestatte mir den Hinweis: Das ist eine Aussage aus der Warte der Finanzkontrolle, die kein Fachamt ist. Viele der Fachapplikationen haben einen direkten Nutzen, der volkswirtschaftlich messbar ist. Ich denke beispielsweise an die Applikationen für Verkehrsunfälle oder für die Kunstbauten. Sie helfen uns, Unfallschwerpunkte zu entschärfen und zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Bauprojekte zu realisieren.

Sie haben etliche Applikationen nie offiziell bewilligt. Ist Ihnen Mistra aus den Händen geglitten?
Nein, bis auf Stufe Amtsleitung war Mistra immer gut geführt. Es gab nie ein Eigenleben. Wir arbeiten sauber gemäss den Vorgaben des Bundes. Was ich akzeptiere, ist die Kritik, dass für Aussen-



Die Kosten des IT-Projekts Mistra verdoppeln sich. «Das Umfeld hat sich geändert», sagt Rudolf Dieterle. Foto: Lukas Lehmann (Key)

stehende nicht immer alles sauber nachvollziehbar ist. Man muss aber verstehen: Während der Neugestaltung des Finanzausgleichs war Führung von vorne und von Hand nötig.

Auch das interne Controlling hat versagt, und millionenschwere Verträge wurden nicht geprüft.
Das betrifft vor allem die zwei Applikationen mit den technischen Problemen. Wenn man Taskforce-mässig arbeiten muss, um die Technik in den Griff zu kriegen, ist es kaum vermeidbar, dass man mit den Verträgen in Verzug gerät.

Also herrschte zuweilen ein Chaos?
Nein. Aber wir mussten mit allen involvierten Stellen eruiieren, wo die Probleme lagen. Da lief Aufwand an, und wir konnten erst im Nachhinein feststellen, wer wie viel daran beizusteuern hat.

Bei Mistra sollen Sie auch das Gesetz verletzt haben, weil Sie den Projektkredit nicht von Bundesrat oder Parlament absegnen liessen. Droht ein juristisches Nachspiel?
Davon gehe ich nicht aus. Das Bundesamt für Strassen ist wirkungsgesteuert. Unser Planungsinstrument ist ein von der Politik abgesegnetes Programm. Deshalb müssen wir nicht mit Verpflichtungskrediten operieren.

Die Finanzkontrolle bemängelt auch, Zulieferfirmen hätten ihre Monopolstellung mit überhöhten Preisen ausgenützt. Was tun Sie, um dies in Zukunft zu verhindern?
Ich bin nicht sicher, ob die Aussage stimmt. Jede Zulieferfirma würde sie entschieden bestreiten. Ich meine, wir vergeben unsere Aufträge zu marktkonformen Preisen und schreiben sie aus.

Millionen wurden aber auch freihändig vergeben, zuletzt im September. Weshalb?
Ab einem gewissen Entwicklungsstand kann man eine Partnerfirma kaum mehr wechseln; das käme noch viel teurer. Der Markt spielt also nicht mehr. Auch bei Nachträgen zahlten wir den externen Mitarbeitern aber praktisch immer deutlich unter 200 Franken Stundenlohn.

Elementare Teile von Mistra wurden mehrmals verschoben. Können Sie garantieren, dass das System 2014 vollständig in Betrieb ist?
Nein, weil sich die Definition von «vollständig» auch in Zukunft verändern kann. Mistra ist das Dach für viele Teilmodule. Die Entwicklung neuer Applikationen wird aber nur freigegeben, wenn wir vom Nutzen überzeugt sind oder neue Aufträge erfüllen müssen.

Nachrichten

Arbeitslosenkasse
Solidaritätsprozent
auf Spitzenlöhne ab 2014

Das Solidaritätsprozent zugunsten der Arbeitslosenversicherung (ALV) wird ab 2014 auch auf Lohnanteilen von Jahreslöhnen über 315 000 Franken erhoben. Der Bundesrat hat die bisherige Obergrenze auf den 1. Januar aufgehoben. Heute wird von Löhnen bis 126 000 Franken ein ALV-Beitrag von 2,2 Prozent abgezogen. Höhere Lohnanteile sind nicht ALV-versichert. Trotzdem wird auf Einkommen zwischen 126 000 und 315 000 Franken seit 2011 ein Solidaritätsprozent erhoben. Die zusätzliche Abgabe entfällt erst, wenn die ALV ihre Schulden abgebaut und ihr Betriebskapital 0,5 Milliarden Franken erreicht hat. (SDA)

Bundesverwaltung
Vorwürfe gegen Ex-Chef des
Statistikamts nicht erhärtet

Die Administrativuntersuchung im Zusammenhang mit dem Abgang von Jürg Marti als Direktor des Bundesamts für Statistik (BFS) hat keinen der gegen den Ex-Chef erhobenen Vorwürfe erhärtet. Auch das Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements des Innern muss sich laut den Ergebnissen nichts vorwerfen lassen. Dem ehemaligen Amtsdirektor war in den Medien von anonymer Seite Sexismus und Missachtung von Weisungen vorgeworfen worden. Der Vorwurf der persönlichen Bereicherung wurde bereits vor Martis Abgang im Februar entkräftet. (SDA)

Umwelt
Zu viel Feinstaub und Ozon
in der Luft

Die Luft in der Schweiz ist in den letzten 25 Jahren besser geworden. Allerdings wurden auch im letzten Jahr die Grenzwerte für Ozon, Feinstaub und Stickstoffdioxid überschritten. Grund dafür seien die noch immer zu hohen Emissionen von Luftschadstoffen in der Schweiz und den Nachbarländern, heisst es in einem Bericht des Nationalen Beobachtungsnetzes für Luftfremdstoffe. Während die Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub in den Städten häufig überschritten werden, macht Ozon auch der Landbevölkerung zu schaffen. (SDA)

Luzern
Verfahren gegen den «Luchs»-
Kommandanten

Gegen den Chef der Luzerner Eliteeinheit «Luchs» wird intern wegen Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung ermittelt. Die Staatsanwaltschaft Luzern bestätigte einen Fernseh-Bericht der «Rundschau». Ein Elitopolizist hatte einen wehrlos am Boden liegenden rumänischen Einbrecher mehrfach mit Fusstritten gegen den Kopf traktiert, eine Überwachungskamera filmte den Gewaltübergriff. «Luchs»-Kommandant Beat Hensler zeigte das Video drei Wochen später der Sondereinheit «Luchs» - ohne Einwilligung der zuständigen Staatsanwältin. (TA)

Anzeige

Zürich letztes Teppichfachgeschäft – Soleimani Orientteppiche schliesst für immer

Nach 88 Jahren schliesst sich auch für Zürichs letztes, exklusives Teppichfachgeschäft der Kreis. Altersbedingt schliesst Y. Soleimani sein Geschäft – mit einem attraktiven Ausverkauf.

In Zürich kursierte unter Aficionados edler Teppichkunst während vieler Jahre das Bonmot: «Das gibt's nur bei Soleimani.» Bisweilen sandten sogar Konkurrenten aus der Schweiz und der ganzen Welt ihre Kunden ins Fachgeschäft für Orientteppiche, das seit jeher ein Hort für handgeknüpfte Exklusivität war.

Teppichliebhaber müssen sich nun allerdings beeilen. Y. Soleimani, mittlerweile über siebzig Jahre alt, schliesst sein Geschäft für immer. Der Grandseigneur des Handels mit Orientteppichen macht auch seine Gesundheit geltend. Mit dem ihm eigenen Schalk fügt er an: «Ein Teppich wird im Alter schöner, aber sein Händler nicht jünger.»

Teppiche waren für ihn immer schon mehr als reine Qualitätswaren. Ein Teppich, erklärt er, besitzt eine eigene Seele und entfaltet sich, indem er sich Umgebung und Besitzern anpasst. Im unter Denkmalschutz stehenden Rundbau an der Uraniastrasse präsentierten sich den Kunden auf über sechshundert Quadratmetern eine grosse Auswahl an kostbaren Orientteppichen, die man in dieser Qualität in der Schweiz nicht nochmals findet – in Los Angeles vielleicht und in London, wo zwei seiner Brüder die Bel Etage von Hollywood und das Britische Königshaus mit Orientteppichen beliefern.

Königlich wurde auch die Kundschaft bedient – nicht nur aus der Schweiz, sondern der ganzen Welt, obwohl das Haus Soleimani nie Werbung machte. Mund-zu-Mund-Empfehlungen brachten die Kunden an die Uraniastrasse in sein Geschäft, das er, von seinem Grossvater im noch persischen

Teheran gegründet, in dritter Generation führte. Nicht ohne Wehmut nimmt er nun Abschied mit einem für ihn untypischen Ausverkauf; schliesslich kam sein Geschäft ein Leben lang ohne Aktionen und Rabattwochen aus. Nun bietet der Altmeister seine edelsten Stücke an: Ghom- und Keshan Teppiche aus feinsten persischer Seide und Klassiker wie Tabriz oder Afghanen aus dem legendären Samarkand. Liebhaber von zeitgenössischem Design kommen bei ihm genauso auf ihre Kosten wie die Sammler, denen aus Soleimanis privater Kollektion ein aussergewöhnliches Angebot an Raritäten sowie Übermasssteppichen geboten wird. Wer einmal auf dem fast vierzig Quadratmeter grossen, antiken Heriz stand, versteht, warum man Teppiche lieben muss. Y. Soleimanis Liebe zu Teppichen erlischt auch nicht am 31. März 2014, wenn sein Geschäft nach 88 Jahren für immer die Tore schliesst. Bis dahin haben Kunden noch Gelegenheit, sich ihr Lieblingsstück zu sichern.



Öffnungszeiten: Mo – Mi und Fr 09.00 – 18.30 Uhr, Do Abendverkauf 09.00 – 20.00 Uhr, Sa 09.00 – 17.00 Uhr
Uraniastrasse 31 · CH-8001 Zürich · Telefon 044 212 81 81 · Email soleimani@bluewin.ch

Y. SOLEIMANI
ORIENTTEPPICHE

Schweiz

Zweifel an Dieterles Verteidigung

Die Meinungen gehen auseinander, ob der Chef des Bundesamts für Strassen beim IT-Projekt Mistra gegen das Gesetz verstossen hat. Seine Argumente lassen aber Fragen offen. Das Verkehrsdepartement behält sich Massnahmen gegen den Amtsleiter vor.

Christian Brönnimann

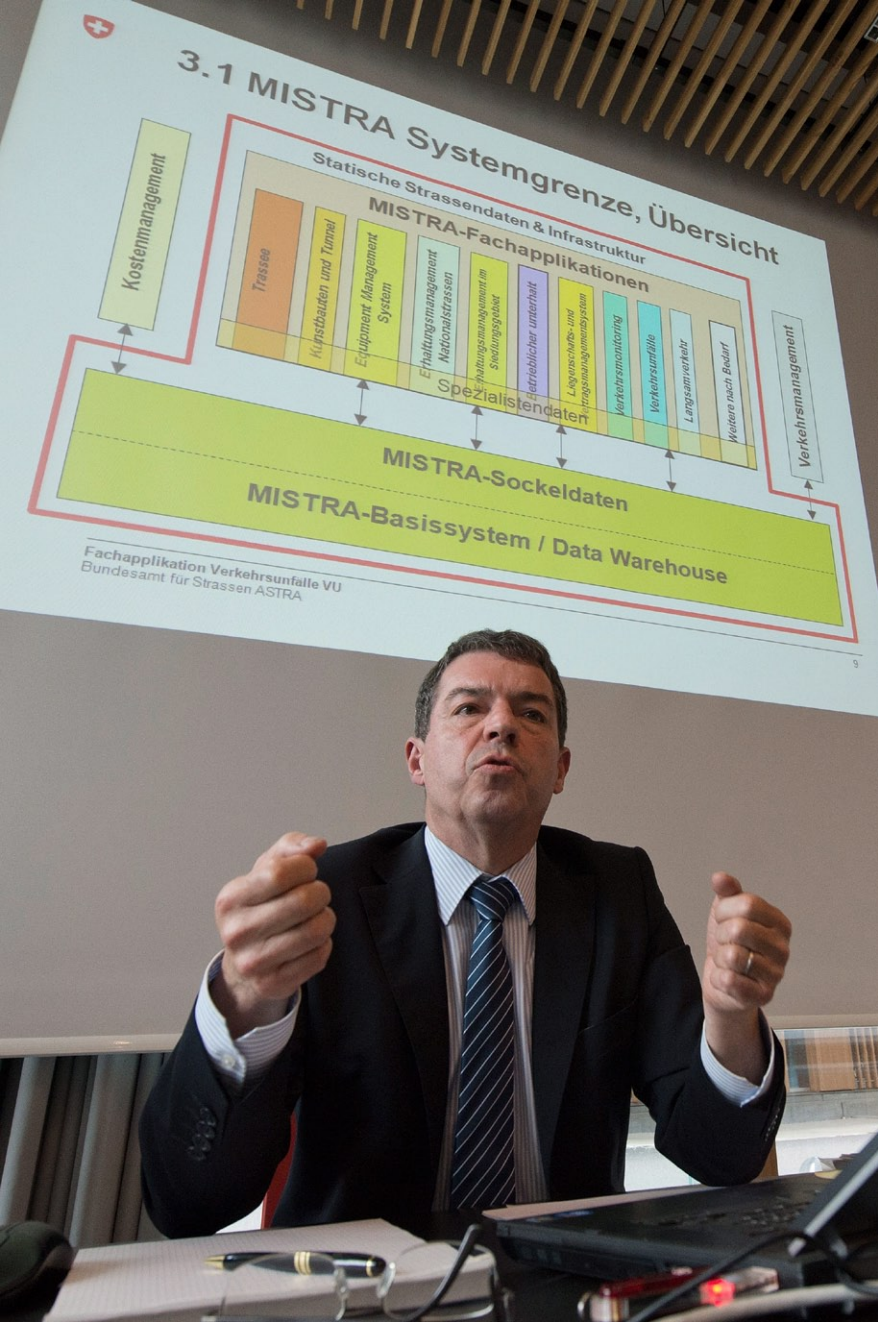
Der Chef des Bundesamts für Strassen (Astra), Rudolf Dieterle, streitet ab, bei der Freigabe der Mittel für das IT-Projekt Mistra gegen das Gesetz verstossen zu haben. Genau das wirft ihm die Eidgenössische Finanzkontrolle vor, weil trotz der ausufernden Kosten von rund 100 Millionen Franken kein vom Parlament bewilligter Verpflichtungskredit für Mistra vorliegt. Stattdessen handelte das Amt in Eigenregie. Dieterles erste Verteidigungslinie: Das Gesetz sehe Ausnahmemöglichkeiten vor, in welchen auf das Einholen der Ermächtigung verzichtet werden könne.

Das stimmt zwar grundsätzlich. Nur: Die Formulierung, dass Amtsstellen bei überjährigen finanziellen Verpflichtungen bloss «in der Regel» einen Verpflichtungskredit einholen müssen, steht erst seit Ende 2005 im Finanzhaushaltsgesetz. Aufgeleistet wurde Mistra aber schon 2003.

Die Ausnahmeregelung ist in der Verordnung zum Gesetz näher spezifiziert. Dabei ist geregelt, bis zu welcher Höhe der Projektkosten auf das Einholen eines Verpflichtungskredits im Einzelfall verzichtet werden kann. Die Obergrenze liegt bei 10 Millionen Franken. Dieser Passus eröffnete Dieterle eine zweite Verteidigungslinie. Mistra sei nicht ein einzelnes IT-Projekt, sondern sei als Dach von vielen eigenständigen «Fachapplikationen» zu verstehen, betonte er am Mittwoch vor Medienvertretern. Der Hintergedanke: Liegen die Kosten von einzelnen Modulen unter den 10 Millionen, dann wäre die Ausnahmeklause erfüllt. Doch auch diese Rechtfertigung hat Mängel. Von Anfang an war immer von einem Gesamtprojekt die Rede. Selbst in der jüngsten Medienmitteilung vom Dienstag titelte das Amt: «Astra verbessert Führung und Kontrolle des Informatikprojekts Mistra.»

Amt revidiert seine Haltung

Also führt das Astra nun ein drittes Argument ins Feld. Die politische Legitimation von Mistra lasse sich auch aus den Bauprogrammen ableiten, die das Verkehrsdepartement Uvek und das Parlament abgesegnet hätten, sagte gestern Sprecher Michael Müller. Denn Mistra sei eine zwingende Voraussetzung dafür, dass die Bauprojekte aus den Programmen überhaupt ausgeführt werden könnten. Anders als die Bauprojekte



Astra-Chef Rudolf Dieterle versucht die Vorwürfe zu entkräften. Foto: Keystone

sind Mistra und die Kosten dafür jedoch in den Bauprogrammen nicht ausgewiesen. So hat das Parlament keinen Einfluss darauf, und das Amt muss keine Rechenschaft ablegen. Nur wenn das Projekt über einen Verpflichtungskredit finanziert wäre, müssten auch Kostenüberschreitungen beantragt werden.

Anfänglich zeigte sich das Astra uneinsichtig. Es sei «nicht einzusehen», weshalb gerade für Mistra Verpflichtungskredite eingeholt werden müssten, schrieb es in der Stellungnahme zum Bericht der Finanzkontrolle. Angesichts des öffentlichen Drucks kommt das Amt nun auf seine Haltung zurück. Man sei

Dieterle war Berner Kantonsoberingenieur

Unvergesslicher Samba-Abend

Dieterles Tiefbauamt hat vor Jahren bei einem Mitarbeiterfest gegläntzt. Aber nicht durch Kostenbewusstsein.

Dölf Barben

Rudolf Dieterle steht nicht zum ersten Mal im Fokus einer Finanzkontrolle. Vor zehn Jahren hatten ihn die bernischen Kontrolleure im Blick beziehungsweise das Tiefbauamt des Kantons, dem Dieterle von 1998 bis 2003 vorstand. Auslöser war ein Fest, das am 1. September 2000 in einem leer geräumten Berner Werkhof für die Mitarbeiter über die Bühne ging. Unvergesslich ist dieser Anlass, weil Samba-Tänzerinnen für Stimmung sorgten - und in der Folge das Stichwort lieferten für mehrere politische Vorstösse. Eine Interpellation des heutigen BDP-Grossrats Ueli Spring (Lyss) trug den Titel «Tanzt die Verwaltung im Kanton Bern Samba?».

Es war die hohe Zeit der Neuen Verwaltungsführung (NEF). 13 Ämter steckten in einem Versuchsbetrieb, der später abrupt gestoppt wurde. Einer der Kernpunkte: Wer das Budget unterschritt, dem wurden Boni gutgeschrieben. Diese konnten «ausgerichtet auf die betrieblichen Bedürfnisse» verwendet werden, zum Beispiel «zur kollektiven Verbesserung der Arbeitsmoral». Im Tiefbauamt, das sehr viel Geld umsetzt, läpperte sich innert weniger Jahre ein hübsches Sümmchen zusammen. So war es kein Problem, für das Fest knapp 220 000 Franken aufzuwerfen - Boni-Franken, die trotz allem Steuerfranken waren.

Die Veranstaltung bestand aus einem «Kundenanlass» am Vormittag mit rund 300 Gästen (Motto: «Auf dem Weg zur

modernen Verwaltung - vier Jahre NEF beim Tiefbauamt») und dem eigentlichen Fest am Nachmittag und am Abend. Die Finanzkontrolle sah sich zu kritischen Anmerkungen veranlasst, weil der «Kundenanlass» separat - offenbar als «Seminar» - verbucht worden war. Durch diese Aufteilung in zwei Elemente überschritt das Tiefbauamt keine Kostenlimiten und konnte alles in eigener Kompetenz finanzieren. Weil die Finanzkontrolle die beiden Teile aber als «eine Einheit» betrachtete, war es schliesslich doch der Regierungsrat, der zustimmen musste. Die damalige Baudirektorin Dori Schaer sagte später, sie habe den Anlass bewilligt und würde ihn wieder bewilligen. Der Aufwand sei letztlich gerechtfertigt gewesen - auch wenn sie über die Höhe der Kosten «zuerst etwas erschöpft» sei.

Rennsimulator für 2000 Franken

In der Tat, die Abrechnung des Samba-Abends, die im Nachhinein veröffentlicht wurde, zeigte es deutlich: Das Tiefbauamt hatte mit der grossen Kelle angerichtet und das «Gebot der Sparsamkeit» zumindest strapaziert. Die sechs Beschriftungsschilder für die Podiumsteilnehmer kosteten zum Beispiel 300 Franken, der Hellraumprojektor mit Leinwand schien mit 850 Franken auch recht teuer gewesen zu sein. Nicht wirklich günstig waren auch die «Unterhaltungselemente», für die das Tiefbauamt insgesamt 39 000 Franken hinblätterte - zuzüglich 10 Prozent Vermittlungsprovision. Die Samba-Truppe kassierte 7000 Franken. Weitere Attraktionen waren ein Fotosofa (6000 Franken), zwei Stelzenläufer (3000 Franken), ein Rennsimulator (2000 Franken), Bull-Riding (1500 Franken) und ein «Hau den Lukas» für 600 Franken.

Entschuldigung der Genfer Regierung im Fall Adeline M. ist juristisch «irrelevant»

Ein Schuldeingeständnis kann sich in einem allfälligen Staatshaftungsprozess trotzdem als wichtig erweisen.

Simone Rau

«Der Staat hat dabei versagt, seine Mitarbeiter zu schützen.» Das sagte am Mittwoch der Genfer Regierungspräsident Charles Beer (SP). Er war vor die Medien getreten, um zusammen mit anderen Behördenvertretern den Untersuchungsbericht zum Mord an der 34-jährigen Sozialtherapeutin Adeline M. vorzustellen. Zum Schluss bat Beer die Opferfamilie im Namen des Kantons um Entschuldigung.

Laut dem Anwalt und Justizforscher Daniel Kettiger ist die Entschuldigung der Regierung als «klares Schuldeingeständnis» zu werten. In einem allfälligen Staatshaftungsprozess erleichtere sie die Beweisführung entscheidend. Die Opferfamilie müsste dann nämlich den Haftungsanspruch geltend machen: «Sie muss beweisen, welche rechtswidrigen Handlungen und Unterlassungen die Regierung konkret begangen hat», sagt Kettiger. «Gibt die Regierung ihre Fehler von sich aus zu, wie geschehen, ist das ein Beweismittel erster Güte - genau wie der Untersuchungsbericht, der alle Fehler genau auflistet.» Für die rechtliche Beurteilung der Haftungsfrage spiele die Entschuldigung hingegen keine Rolle.

Ähnlich äussert sich der Berner Rechtsprofessor Markus Müller: Rein juristisch gesehen sei die Entschuldigung der Regierung «irrelevant». Es sei aus ihr kein Haftungsanspruch abzuleiten. Das heisst:

«Nur weil die Regierung ihre Fehler eingestanden und sich für diese entschuldigt hat, kann sie nicht automatisch für den Mord juristisch zur Verantwortung gezogen werden», sagt Müller. Darüber müsse gegebenenfalls ein Gericht befinden, indem es alle Beweise unabhängig würdige.

«Symbolischer Akt»

Als «symbolischer Akt» ist die Entschuldigung für Müller an Bedeutung nicht zu überbieten. «Es ist ein Zeichen von Respekt und Mitgefühl der Opferfamilie gegenüber.» Der psychologische Wert der Entschuldigung liege dabei vor allem in der Ungewissheit, ob das Gegenüber sie annehme.

Wieso aber fällt es Behörden und Privaten Firmen so schwer, sich für Fehler zu entschuldigen? Zum einen spiele eine Entschuldigung denjenigen Personen in die Hände, die einen Haftungsanspruch geltend machen wollten, sagt Anwalt Kettiger. Zum anderen gäben Menschen Fehler grundsätzlich ungern zu. Sie würden die Schuld lieber anderen zuschieben. Rechtsprofessor Müller ergänzt: «Neben der Angst vor Haftung geht es um Angst vor Entblössung und Ablehnung, Angst vor Verlust des Images und der Glaubwürdigkeit.» Im Zweifelsfall stehe man lieber nicht zu seinen Fehlern. Vielerorts herrsche eine «negative Fehlerkultur». Obwohl alle Fehler machten, täten viele so, als ob es möglich wäre, keine zu machen.

Seit Jahren auf eine Entschuldigung des Kantons Aargau wartet die Familie der ermordeten Lucie Trezzini - und das, obwohl nachweislich eine Serie von Fehlern bei verschiedenen Ämtern für den Tod des Au-pairs verantwortlich ist. Die

Regierung stellt sich auf den Standpunkt, es sei nicht zu pflichtwidrigen Handlungen einzelner Personen gekommen. «Es waren vielmehr Mängel in der Organisation der Vollzugsdienste, die das Erkennen der Gefährlichkeit des Täters verhindert haben», sagt der Aargauer Justizdirektor Urs Hofmann (SP).

In der Tat kam eine Administrativuntersuchung vor vier Jahren zu genau diesem Schluss. Und eine Beschwerde der Opferfamilie im Verfahren gegen mehrere Aargauer Kantonsangestellte wurde Ende August 2013 vom Obergericht abgewiesen.

Politische Verantwortung

Maudet weist Mitschuld von sich

Bernard Ziegler deckt in seinem Bericht zum Mordfall Adeline M. die Unzulänglichkeiten im Genfer Justizapparat schonungslos auf: Zum Beispiel holte das Amt für Strafvollzug für den Freigang von Fabrice A. keine Erlaubnis von Sicherheitsdirektor Pierre Maudet (FDP) ein.

Pierre Maudet ist nicht aufgefallen, dass ihm die Dossiers nicht vorgelegt worden sind. Auf die entsprechende Frage des «Bund» liess er ausrichten, er habe die rechtlichen Grundlagen sehr wohl gekannt. «Ein Departementschef erwartet von seinen Ämtern, dass sie ihm gemäss dem Gesetz präsentieren, was sie präsentieren müssen. Das war in dieser Sache nicht der Fall», heisst es in der Antwort.

«Wenn sich der Staat entschuldigt, stellt sich die Frage, ob die Politik nicht eine Mitschuld hat», gibt ein Mitglied der Justizkommission zu bedenken. Maudet schreibt: «Das ist eines der Elemente, die Ziegler in seinem zweiten Rapport untersuchen muss.» Er soll am 31. Januar 2014 vorliegen. (phr)

Eine strafrechtliche Verantwortung für den Mord sei für die Beschuldigten auszuschliessen. Gestern Donnerstag haben die Eltern Trezzini Rekurs beim Bundesgericht eingereicht. «Zur mangelhaften Organisation sind wir von Anfang an öffentlich gestanden. Es ist nicht sachgerecht, uns vorzuwerfen, dass wir uns vor der Verantwortung drücken», sagt Hofmann.

Für eine allfällige Schuld von Individuen könne er sich angesichts der bis heute vorliegenden Gerichtsentscheide hingegen nicht entschuldigen. Es sei nicht geklärt, ob diese überhaupt bestehe.

Die Liste der Versäumnisse

Sicherheitsdirektor Pierre Maudet:

Er hätte den Entscheid zum begleiteten Freigang letztinstanzlich fällen sollen, erhielt das Dossier aber nicht zur Beurteilung.

Gesundheitsdirektor Pierre-François Unger:

Ihm ist La Pâquerette unterstellt, das Zentrum für Sozialtherapie des Genfer Gefängnisses Champ-Dollon - nicht der Sicherheitsdirektion. In La Pâquerette lag der Fokus auf der Therapie von Straftätern zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Direktorin Amt für Strafvollzug:

Sie hätte vor einem Freigang von Fabrice A. ein externes Gutachten einholen und den Fall der kantonalen Gefährlichkeitskommission vorlegen sollen. Dies, weil bereits zwei Gutachten vorlagen, die dem Täter ein erhebliches Rückfallrisiko bescheinigten. Auch hätte das Amt für Strafvollzug das Dossier dem Sicherheitsdepartement vorlegen müssen.

Kantonale Gefährlichkeitskommission:

Die Kommission, in der die Staatsanwaltschaft, die Psychiatrie und die Strafvollzugsbehörden vertreten sind, hätte zum begleiteten Freigang von Fabrice A. Stellung nehmen müssen. Sie wurde nie konsultiert.

Direktorin Zentrum La Pâquerette:

Die Leitung hat das Amt für Justizvollzug nicht darüber informiert, dass der Täter Fabrice A. wenige Wochen vor dem Mordfall Adeline M. eine Sozialtherapeutin im Zentrum attackiert hatte und bei der Aufarbeitung der Auseinandersetzung eine erhöhte Fluchtgefahr von Fabrice A. thematisiert worden war. Der Entscheid, Fabrice A. einen begleiteten Freigang zu gewähren, wurde aufgrund einer positiven Beurteilung eines Allgemeinmediziners im Zentrum La Pâquerette gewährt. (bin)